

Antwort auf Fraktionsantrag	Geschäftsbereich	Zentrale Dienstleistungen
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 403 - Finanzen
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Alfred Lobers 563 6169 563 8032 alfred.lobers@stadt.wuppertal.de
	Datum:	01.12.2004
	Drucks.-Nr.:	VO/3119/04/1-A öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
08.12.2004	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	Beschlussempfehlung
15.12.2004	Hauptausschuss	Beschlussempfehlung
20.12.2004	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
BürgerInnenhaushalt		

Grund der Vorlage

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN (Drs.-Nr. VO/3119/04)

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Bericht der Verwaltung über das Ergebnis des Modellprojektes „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen“ zur Kenntnis.

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, den nächsten Haushalt als BürgerInnenhaushalt aufzustellen, wird nicht gefolgt.

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob und wie bei Aufstellung des ersten Haushaltes im Neuen Kommunalen Finanzmanagement (NKF-Haushalt) die Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden können.

Unterschrift

Dr. Slawig

Begründung

Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat mit Drs.-Nr. VO/3119/04 vom 08.06.2004 die Verwaltung beauftragt, das Ergebnis des Modellprojektes „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen“ auszuwerten und die Übertragbarkeit in Wuppertal zu prüfen mit dem Ziel, den nächsten städtischen Haushalt als BürgerInnenhaushalt aufzustellen.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 08.07.2004 die Beratung der Vorlage auf seine nächste Sitzung vertragen und die Verwaltung beauftragt, die Ergebnisse des Modellprojektes auszuwerten.

Das Projekt „Kommunaler Bürgerhaushalt in Nordrhein-Westfalen“ wurde am 03.11.2000 gestartet und gemeinsam von der Bertelsmann Stiftung und dem Innenministerium NRW getragen. Teilnehmer an diesem Modellprojekt waren die Städte Castrop-Rauxel, Emsdetten, Hamm, Hilden, Monheim und Vlotho. Der Abschlussbericht wurde am 03.06.2004 in Düsseldorf vorgestellt.

Zentrale Bausteine des Kommunalen Bürgerhaushaltes sind Information, Konsultation und Rechenschaft.

Für die Information der Bürgerinnen und Bürger wurden u.a. in den beteiligten Städten angewendet:

- Aufstellung einer Haushaltsbroschüre, die den wenig übersichtlichen Haushalt erklärt
- Informationsfahrten oder –rundgänge zu wichtigen oder strittigen Einrichtungen oder Bauvorhaben
- Öffentlichkeitsarbeit in Form von Anzeigen, Informationsblättern, Pressekonferenzen

Im Bereich der Konsultation wurden u.a.

- Veranstaltungen, z. B. Bürgerforen
- schriftliche Befragungen

durchgeführt.

In Bürgerversammlungen bzw. in illustrierten Darstellungen wurden die Rechenschaftsberichte anschaulicher den Bürgerinnen und Bürgern vermittelt.

Ziel aller Handlungen ist, den Bürgerinnen und Bürgern verständlichere Informationen über den Haushalt der Stadt zu vermitteln und sie bei der Aufstellung des Haushaltes aktiv zu beteiligen.

In den Abschlussveranstaltungen wurden die Berichte aus den Pilotkommunen ausführlich diskutiert. Während besonders die kleineren Pilotkommunen über positive Erfahrungen mit dem BürgerInnenhaushalt berichten, wurden aus Hamm durchaus auch kritische Anmerkungen angebracht. Denn bei größeren Kommunen sei es schwieriger, eine ausreichende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Diese Sorge teilten viele Vertreter besonders der Großstädte. Darüber hinaus wurden auch bereits unter heutigen Gegebenheiten umfangreiche, oft quartiers- oder stadtteilbezogene Veranstaltungen

durchgeführt. Ob sich – auch der finanzielle – Aufwand eines BürgerInnenhaushalts wirklich lohne, blieb letztlich unter den anwesenden Vertretern der Städte strittig. Das Modellprojekt wurde jedenfalls insgesamt als gelungen bewertet.

Unter Hinweis darauf, dass weitere Erfahrungen gesammelt werden sollten und der übersichtlichere NDF-Haushalt den für Bürgerinnen und Bürgern nicht sehr verständliche kammerale Haushalt bald ablöst, wird vorgeschlagen, die Diskussion und Entscheidung über die Einführung eines BürgerInnenhaushaltes in Wuppertal in die Zeit nach Aufstellung des ersten NKF-Haushaltes zu verschieben. Der NKF-Haushalt ist verständlicher und erscheint insoweit besser für Bürgerbeteiligungen geeignet.